



WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE

**Protest gegen Demokratieabbau
Protest gegen Sozialabbau**

www.linkewoche.at/

Die EU-Politik zerstört den Wohlstand!

Sparsmaßnahmen, Pensionskürzungen, Sozialkürzungen, Überwachung bis in den Privatbereich, Offenlegung aller Einkommen, Einbehalten der Steuer über den Arbeitgeber, das ist das Konzept für “die” da unten.

Abbau des Mitspracherechts, Zerstörung kleinräumiger Verwaltungsstrukturen, Kürzungen bei den Heil- und Pflegemitteln, Zugangsrestriktionen zur höheren Bildung – alles angeblich Notwendigkeiten, in die “wir” uns fügen müssen, weil es keine anderen Lösungen gibt.

Für die da oben scheint es aber immer ganz andere Lösungen zu geben. Für die gibt es das genaue Gegenteil:

**steigende Zinserträge, steigende Renditen, Eliteuniversitäten, Privatkliniken – einen
Datenschutz von dem unsereiner nur Träumen kann: Bankgeheimnis für Millionäre!**

Jeder Arbeiterin und Arbeiter, jede Pensionistin und Pensionist hat inzwischen einen Einkommensverlust von bis zu 50% durch Bezugsstreichungen, prekäre Anstellungen, geänderte Durchrechnungszeiten und Preissteigerungen – aber den sogenannten Investoren wird ihr ungerechtfertigter Zins garantiert. Bevor die Landeshypotheken 1% Zins streichen würden, werden 100te Pensionisten um ihre Pensionen betrogen.

**Das “Risikokapital” muss endlich einmal das Risiko tragen!
Zur Sicherung der Bevölkerung ist das BGE einzuführen!**

60 Jahre Frieden, eine Steigerung der Produktivität um Potenzen – trotzdem müssen wir sparen wie noch nie! Wie das? Die Sparkonzepte treiben einen Staat nach dem anderen in die Rezession: Griechenland, Spanien, Italien, Cyprien, Portugal, Irland und bald auch Frankreich – ist das “unser Europa”?

**Globale Konzerne müssen in die Verantwortlichkeit eingebunden werden.
Konzerne, die Produktionsstätten aus Steuergründen verlegen, haben wieder Importzölle
zu zahlen!**

Europa und USA wollen ein Freihandelsabkommen schließen. Die Verlierer dabei sind die Kleinbetriebe. Die regionale Infrastruktur wird so vernichtet! Über dieses Freihandelsabkommen werden alle Staaten in Europa gezwungenermaßen genmanipulierte Lebensmittel gegen den Willen der Bevölkerungen zu akzeptieren!

**Wehrt euch gegen die, die in eurem Namen gegen eure Interessen agieren!
Entzieht ihnen die Legitimation!**

Aus den Vereinsstatuten:

§ 2: Zweck des Vereins

- (1) Der Verein ist nicht auf die Erzielung von Gewinn gerichtet.
- (2) Der Verein verfolgt, unter Beachtung der jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften, folgende Zwecke:
 - a.) Er will beitragen zu einer kritischen Bewusstseinsbildung über die negativen Auswirkungen des Marktes, auf die Entwicklung der sozialen Ungleichheit und Wege aufzeigen, die zu einer sozial-gerechten Gesellschaft führen.
 - b.) Er hat zum Ziel zu einer freien pluralistischen toleranten offenen Gesellschaft zu führen.
 - c.) Er orientiert sich an Prinzipien von: Sozialer Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Solidarität, Ökologischer Nachhaltigkeit, Emanzipation, Humanität, Frieden.
 - d.) Sein Hauptaugenmerk liegt auf außerparlamentarischen Aktivitäten; er will jedoch auch die parlamentarischen Einflussmöglichkeiten zur Umsetzung seiner Ziele nutzen.
 - e.) Angestrebt wird die Vernetzung von Foren und Plattformen ähnlich orientierter Gruppierungen.

Aus dem Programm:

- Die LINKE ist regional gegliedert
- Der Bundeskongress fasst die regionalen Glieder zusammen
- LINKE Beschlüsse werden bei AktivistInnen-Treffen per Abstimmung gefällt.
- Abstimmbar ist jedeR Anwesende
- Die LINKE ist offen für Personen, Organisationen und Parteien mit Gedankengut auf der Basis von Freiheit/Gleichheit/Solidarität.

Ziel:

Der Neoliberalismus soll zugunsten einer klassenlosen Gesellschaft überwunden werden.
Der Nationalismus soll zugunsten einer Solidargesellschaft überwunden werden.

Was will die neue LINKE ändern:

Durch globale Solidarität soll Ausbeutung und Unterdrückung verhindert werden.

Ein falsches Wirtschaftssystem soll korrigiert werden.

Die zinslose Bereitstellung von Geldmitteln durch gemeinschaftlich kontrollierte Banken auf der Basis von gesetzlichen Grundeinkommen ist eines der Ziele.